

3.4 Rechtsextremismus gemeinsam bekämpfen

AntragstellerIn: Boris Mijatovic (Kassel-Stadt KV)

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge

Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

1 Mit Entsetzen verurteilen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen den Mord an dem nordhessischen
2 Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke und die NSU Mordserie mit dem Kasseler Opfer Halit
3 Yozgat. Wann immer Rechtsextremisten Anschläge auf unsere Mitmenschen verüben, ist es immer
4 auch ein Anschlag auf unsere Demokratie. Die abscheulichen Taten sind ein Weckruf für uns alle,
5 den Kampf gegen Rechtsextremismus zu intensivieren.

6 Wie wehrhaft unsere Demokratie ist, haben unter anderem mehr als 15.000 Menschen gezeigt, die
7 am 20. Juli 2019 in Kassel gegen eine Demo der Partei „Die Rechte“ auf die Straße gegangen
8 sind. Dennoch haben beide Morde die Kasseler Stadtgesellschaft wie das ganze Land bis ins Mark
9 erschüttert. Das Vertrauen in Sicherheitsbehörden, Justiz und Politik muss unsere demokratische
10 Gesellschaft beschäftigen. Nicht nur den Menschen, sondern im Besonderen den Opfern rechter
11 Gewalt und deren Angehörigen sind wir verpflichtet, politische Antworten auf diese widerlichen
12 Ausmaße politisch motivierter Gewalt zu finden.

13 Bündnis90/ Die Grünen Hessen werden als Teil der Landesregierung alles in Ihrer Macht Stehende
14 tun, um rechtsextreme Gewalt umfassend aufzuklären und rechtsextremem Gedankengut entschlossen
15 entgegenzutreten. Dazu gehört für uns Grüne, die vollständige Aufklärung politisch motivierter
16 Gewalt sowie die Überprüfung und Verbesserung sicherheitsbehördlicher Strukturen.

17 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen fordern deshalb:

18 1. Die hessische Zivilgesellschaft in ihrem Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus
19 stärken

20 Der Kampf gegen Rechtsextremismus und für unsere Demokratie kann nur gemeinsam mit der
21 Zivilgesellschaft gelingen. Das Wissen und die Kompetenz, die sich über Jahre hinweg bei den
22 Initiativen und Organisationen aufgebaut haben, sind unerlässlich für antifaschistische Arbeit
23 und für die Stärkung unserer Demokratie. Wir Grüne stehen an der Seite der Zivilgesellschaft
24 und wollen daher dieses Engagement fördern und dessen Ausbau unterstützen.

25 2. Politische Bildung und Prävention weiter ausbauen

26 Der effektivste Schutz gegen rechtsextremistische Gesinnungen ist die Demokratiebildung.
27 Gemeinsame Werte und ein respektvolles Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft, stehen
28 im Kontrast zu Ausgrenzung und Diffamierung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer
29 Religion, ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität. Daher wollen wir die bestehenden
30 politischen Bildungsangebote für alle Bevölkerungsgruppen weiter stärken.

31 3. Hassrede im Internet konsequent verfolgen

32 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen stellen mit Sorge fest, dass die Angriffe auf unsere Demokratie
33 zunehmen. Nicht immer aber äußern sie sich in Form von Gewalt. Am Anfang sind es meist zunächst
34 nur Worte, die den Nährboden für Hass und Gewalt bereiten. Gerade im Netz sind Rassismus,
35 Homo- und Transfeindlichkeit sowie Misogynie/ Frauenfeindlichkeit Alltag. Hatespeech wird
36 gezielt genutzt, um Menschen einzuschüchtern und zu verdrängen. Zum einen schränkt dies
37 Meinungsvielfalt ein und beschädigt den demokratischen Diskurs. Zum anderen richtet sich der
38 Hass oftmals gegen Minderheiten, zu deren Schutz wir Demokrat*innen uns verpflichten.

39 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen setzen sich für eine konsequente strafrechtliche Verfolgung von
40 Hassbotschaften ein und wirken auf die Einrichtung einer Anlaufstelle für Betroffene hin.

41 4. Erinnerungskultur weiter stärken

42 Die Verbrechen des Nationalsozialismus an der Menschheit gehören in das Gedächtnis jede*r
43 Demokrat*in. Der Blick in eines der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte reicht aber
44 nicht aus. Erinnerungskultur bedeutet für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen aus der Vergangenheit
45 zu lernen und das Versprechen „Nie wieder!“ in Taten umzusetzen. Aus diesem Grund sind die
46 Gedenkstätten und deren Bildungsarbeit essentiell. Daher wollen wir deren Arbeit mit besten
47 Kräften unterstützen und weiter fördern.

48 5. Hessische Sicherheitsbehörden besser gegen rechts aufstellen

49 Der Kampf gegen Rechtsextremismus muss ein wesentlicher Bestandteil bei der Ausbildung von
50 Sicherheitsbehörden sein. Hierzu zählt die Erkennung von Gefahren und deren Abwehr sowie die
51 Sensibilität gegenüber den Opfern. Die Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht des
52 Untersuchungsausschuss NSU im hessischen Landtag müssen, sofern noch nicht gesehen, konsequent
53 umgesetzt werden. Dazu gehört vor allem der Ausbau der Kooperation mit anderen
54 Sicherheitsbehörden sowie mit denen in anderen Bundesländern.

55 Bekannte Rechtsextremisten dürfen nicht einfach so vom Radar der Sicherheitsbehörden
56 verschwinden. Daher muss geprüft werden, ob die Überwachung einzelner Personen im
57 Phänomenbereich Rechtsextremismus nach deren letzter Verurteilung weiter fortgeführt werden
58 können.

59 Darüber hinaus bedarf es einer Analyse und Weiterentwicklung vorhandener Sicherheitsstrukturen.
60 Grundsätzlich braucht es eine Fehlerkultur, die bereit ist, das eigene Vorgehen und Strukturen
61 zu reflektieren und an einer ständigen Verbesserung orientiert ist. Das gilt für den
62 Geheimdienst, die Polizei sowie für die Justiz.

63 Die Sicherheitsbehörden haben die Aufgabe unseren Staat und dessen Bürger*innen zu schützen.
64 Rechtsextremistische Gesinnungen sind weder bei der Polizei noch bei keiner anderen
65 behördlichen Stelle zu tolerieren. Solche Vorkommnisse müssen vollständig aufgeklärt, die
66 Personen strafrechtlich verfolgt und selbstverständlich aus dem Dienst entfernt werden.

67 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen bekräftigen daher das im Koalitionsvertrag festgehaltene Vorhaben
68 zur Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, um Rechtsextremismus bei der Polizei
69 frühzeitig aufzudecken und dagegen vorgehen zu können.

70 6. Opferschutz verbessern

71 Abgesehen von der konsequenten Verfolgung, braucht es ein gutes, niedrighwelliges und
72 wohnortnahes Beratungsangebot für die Opfer von rechtsextremistischen Straftaten. Damit die
73 hessischen Opferberatungsstellen sich auf ihrer Arbeit konzentrieren können, wollen wir sie
74 finanziell absichern und ihnen Planungssicherheit geben.

75 7. Hassgewalt konsequent verfolgen

76 Viele politisch motivierte Straftaten werden immer noch nicht als solche eingestuft.
77 Ausbildungen und Weiterbildungen bei Polizei und Justiz müssen so gestaltet werden, dass sie
78 dazu beitragen, dass Hassverbrechen als solche erkannt, verfolgt und verurteilt werden.
79 Ausstehende Haftbefehle müssen umgehend vollstreckt werden, um ein mögliches „Abtauchen“ zu
80 verhindern.

81 8. Waffenrecht verschärfen und Kontrollen konsequent vollziehen

82 Immer wieder haben Rechtsextremisten in der Vergangenheit legal einen Zugang zu Waffen
83 bekommen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hessen fordern eine Verschärfung des Waffenrechts, die regelt,
84 dass Rechtsextremisten grundsätzlich Waffenscheine versagt werden. Bei der
85 Zuverlässigkeitsprüfung müssen die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes über die Person
86 miteinbezogen werden. Bestehende Erlaubnisse müssen regelmäßig überprüft werden. Die
87 entsprechenden Vorschläge zu Änderung der Gesetze auf Bundesebene unterstützen wir. Durch den
88 verstärkten Kontrolldruck wollen wir insbesondere auch illegale Waffen aus dem Verkehr ziehen
89 sowie Händler und Eigentümer strafrechtlich verfolgen.

90 9. Rechtsextreme Vereine und Codes verbieten

91 Das Verbot des rechtsextremistischen Vereins Blood & Honour in Hessen war ein Anfang zur
92 Zerschlagung von rechtsextremistisch-militanten Netzwerken. Um den Druck auf die Szene aufrecht
93 zu erhalten, bedarf es, auch Organisationen, die über die Landesgrenzen hinaus aktiv und
94 vernetzt sind, in den Blick zu nehmen. Der Verein Combat 18 wird seit mehreren Jahren vom LfV
95 beobachtet und hat bekannterweise Schnittstellen zu Blood & Honour. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
96 Hessen wollen daher Combat 18 ebenfalls verbieten und begrüßen die Ankündigung des hessischen
97 Innenministers, sich auf Bundesebene für ein solches Verbot einzusetzen.

98 Auch im zivilen Leben sollten rechtsextreme Codes, das Kokettieren mit faschistischen Symbolen
99 und rassistischen Motiven nicht als Kavaliersdelikte betrachtet werden. So könnten die
100 gesetzlichen Regeln zur KFZ-Zulassung dahingehend geändert werden, dass einschlägige
101 Buchstaben- und Zahlenkombinationen wie AH, HH, RK, 18, 28, 88 oder auch 1312 nicht vergeben
102 werden.

Unterstützer*innen

Vanessa Gronemann (Kassel-Stadt); Awet Tesfaiesus (Kassel-Stadt); Reinhold Weist (Kassel-Stadt);
Nicole Maisch (Kassel-Stadt)